

Jörn Schütrumpf

Paper für den 18./19. Februar 2021

**In Opposition zur Politik des SPD-Vorstandes,
Mitglieder, die nicht gewillt waren, die Partei zu verlassen**

Spartakisten?

Der Präsident der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Robert Leinert ([M-]SPD), geriet am 2. Oktober 1919 bei der Befragung in seinem eigenen Haus – durch den Untersuchungsausschuss über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin – ins Plaudern:

»Es waren je drei Vertreter der Spartakisten, wie sie damals noch geheißen haben, also des Spartakusbundes, der Unabhängigen¹ und der Mehrheitssozialisten.«²

So unverblümt ist das weder vorher noch nachher je ausgesprochen worden: Alle, die gegen die provisorische (M-)SPD-Alleinregierung, den »Rat der Volksbeauftragten« standen, wurden im Januar 1919 als Spartakisten stigmatisiert – und gejagt; SPD-Mitglieder eingeschlossen. (Nach dem Rücktritt der USPD-Vertreter, ausgelöst durch den von den drei [M-]SPD-Regierungsmitgliedern initiierten Überfall auf die Volksmarinedivision im Berliner Schloss in der Nacht zu Heiligabend 1918, bestand der Rat der Volksbeauftragten nur noch aus [M-]SPD-Mitgliedern: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg, ergänzt durch Gustav Noske und Rudolf Wissell.)

¹ »Ich fuhr mit Paul Levi zu einer Metallarbeiterversammlung, weit am Ende der Chausseestraße. Wir fuhren durch den Tiergarten. Dort fand eine große Demonstration statt. Es wurde gegen die Regierung demonstriert. Erstaunt fragte ich Levi, ob das unsere Demonstration sei. »Nein, das ist eine Demonstration der Unabhängigen.« – »Wieso, die Unabhängigen sind doch in der Regierung?« – »Ja, aber die Berliner Organisation ist in den Händen der linken Unabhängigen. Sie haben eine Organisation der sogenannten revolutionären Betriebsobleute, die an der Vorbereitung des Umsturzes teilnahm. Sie sind gegen den Block mit Ebert und Scheidemann.« Karl Radek: November. Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen, in: Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919 (Sonderdruck aus dem Archiv für Sozialgeschichte, 2. Band), Hannover 1962, S. 134.

² Zeuge Leinert, in: Verfassunggebende Preußische Landesversammlung. Drucksache 4121 B, in: Schütrumpf (Hrsg.): »Spartakusaufstand«. Der unterschlagene Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, Berlin 2018, S. 8029.

Einige Bemerkungen noch zu den drei Parteien, aus denen sich diese so genannten »Spartakisten« rekrutierten: Anfang Januar 1919 hatte in Berlin die am 30. Dezember 1918 gegründete »KPD (Spartakusbund)« 300 Mitglieder, die USPD 28.000 und die SPD 7.000 Mitglieder (1914: 120.000). Hinter den revolutionären Obleuten, einem gegen die kriegsbejahenden Gewerkschaften entstandenen, ursprünglich illegalen Netzwerk – ab dem 9. November 1918 die eigentliche Macht in Berlin –, standen 200.000 Arbeiter, vor allem Metallarbeiter aus den Rüstungsbetrieben. Diese revolutionären Obleute und die Führung der Berliner USPD-Organisation um Georg Ledebour und Emil Eichhorn plus Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck von der KPD (die hinter dem Rücken ihrer Genossen agierten) hatten die 1919-er Januar-Unruhen ausgelöst. Die kleine KPD-Gefolgschaft machte zwar in – wahrscheinlich sogar großen – Teilen mit, war aber für eigene Aktionen, geschweige denn für die Führung eines Aufstandes viel zu schwach. Zumal von der KPD-Führung zumindest Rosa Luxemburg,³ Leo Jogiches, Paul Levi, Paul Lange und das Ehepaar Duncker gegen die Unruhen waren; Ernst Meyer lag mit TBC im Bett; Lenins Emissär Karl Radek war zu Beginn der Unruhen auf Wunsch seiner deutschen Genossen untergetaucht und ohne Einfluss auf das Geschehen.

SPD, Spartakus, USPD, (M-)SPD

Beim Umgang mit der (M-)SPD, der USPD und Spartakus in Krieg und Revolution dominiert bis heute die – nonverbale und, soweit der Überblick reicht, nie in Frage gestellte – Auffassung von einer sauber geschiedenen Dreiteilung: Die SPD-Mitgliedschaft habe die Burgfriedens-Sozialdemokraten, die USPD-Mitgliedschaft ein breites und in sich widersprüchliches Spektrum aus Kriegsgegnern sowie Spartakus die radikalen Revolutionsfanantiker bzw. – je nach Gusto – die Revolutionäre repräsentiert. Mit den historischen Realitäten hat das wenig zu tun...

³ »So scheint z. B. Rosa Luxemburg den Plan durchaus nicht gutgeheißen zu haben...« Bericht des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin, in: ebenda, S. 7687, Spalte 37. »Dass Rosa Luxemburg persönlich eine Gegnerin des Putsches war, haben wir seitdem bei jeder Gelegenheit hervorgehoben.« Wie war's im Januar 1919. Endlich ein Geständnis!, in: Vorwärts, 37. Jg., Nr. 300, 15. Juni 1920. Dabei wurde allerdings vergessen zu erwähnen, dass der »Vorwärts« kurz vor der Ermordung von Rosa Luxemburg gegen die angebliche Putschistenführerin offen antisemitische sowie Mordhetze betrieben hatte: »Sie knieten hin vor blutigen Idolen, / bauchrutschten / vor der Menschheit Spott und Hohn, / vor Russlands Asiaten und Mongolen, / vor Braunstein [eigentlich Bronstein = Leo Trotzki], [Rosa] Luxemburg und Sobelsohn [Karl Radek]«. Hermann Wilke: In der Nacht zum 7. Januar, in: Vorwärts, 36. Jg., Nr. 21, 12. Januar 1919. »Wer nahm die Waffe zuerst zur Hand / Und hat auf ihre Entscheidung gebrannt? / Spartakus! / Vielhundert Tote in einer Reih – / Proletarier! / Karl, Rosa, Radek und Kumpane! – / es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!« Artur Zickler: Das Leichenhaus, in: ebenda, Nr. 22, 13. Januar 1919.

Die Einheit der Arbeiterbewegung galt in Deutschland spätestens seit 1875 als ein hohes Gut: als die Garantie für den Sieg sowohl über feudalabsolutistische Herrschergebaren als auch über profitgetriebene Ausbeutung. Erst die Einheit dieser Arbeiterbewegung verlieh Macht, die Macht durch Masse – als Antipode zur militärischen Macht einer Minderheit, gestützt auf die politische Apathie der Bevölkerungsmehrheit. Diese – scheinbare – Garantie war der Kitt, der vor dem Ersten Weltkrieg die SPD zusammenhielt und große Teile der Anhängerschaft auch Kröten schlucken ließ (1910 den Abbruch der Wahlrechtskämpfe durch die SPD-Führung, das zeitweilige Verbot der öffentlichen Erörterung des politischen Massenstreiks durch die SPD-Führung, 1913 das Gefeilsche der SPD-Reichstagsfraktion um den Militärhaushalt etc.).

Sogar nach der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 ff. traten nur vereinzelt Mitglieder wie der Kunsthistoriker Eduard Fuchs (»Sitten-Fuchs«)⁴ aus der SPD aus – ein ehemaliger Anarchist und ab 1916 neben der Schauspielerin Tilla Durieux Finanzier Rosa Luxemburgs während ihrer »Schutzhaft« in Wronke und Breslau. Exponierte Mitglieder in Opposition zur Politik des Parteivorstandes wie Clara Zetkin, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hingegen verweigerten diesen Schritt. Nur um Johann Knief⁵ in Bremen und in Hamburg bildeten sich ab 1916 kleine Gruppen, bestehend aus Anhängern, die aus der SPD ausgetreten waren (wenig später kamen noch Gruppen in Hannover, Dresden und Dippoldiswalde hinzu) – während der Kreis um Franz Mehring und Rosa Luxemburg, im Hintergrund stets Leo Jogiches, Arbeitszusammenhänge schuf, die eine Anti-Kriegs-Propaganda gestatteten, aber in der SPD verblieb.⁶ Vor allem Rosa Luxemburg und Leo Jogiches trieb die Furcht, in einer einflusslosen Sekte zu enden. Noch im Januar 1917 erinnerte die Luxemburg, der theoretische Kopf dieser Gruppierung, aus dem Gefängnis heraus jedoch an das Hauptmotiv für diesen Politikansatz:

»Die Sozialdemokratie habe aufgehört, ein Organ des proletarischen Klassenkampfes zu sein, nun müsse man suchen, außerhalb ihrer Fesseln die Fahne des Klassenkampfes zu entrollen: So empfinden die besten Elemente der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Sie bemerken das

⁴ Ausführlich dazu Ulrich Weitz: Der Mann im Schatten: Eduard Fuchs. Sitten-Fuchs – Sozialist – Konspirateur – Sammler – Mäzen, Berlin 2014.

⁵ Ausführlich dazu Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011.

⁶ Die Gruppe »Internationale« bildete sich als reichsweiter Zusammenhang am 1. Januar 1916. Ihre illegale Zeitung nannte sie ab September 1916 »Spartacus« (Rosa Luxemburg hatte diesen Namen schon in ihren polnischen Schriften als Pseudonym verwendet) – deshalb bürgerte sich in der Öffentlichkeit schnell der Name Spartakusgruppe ein, den die Gruppe später übernahm.

Wichtigste nicht: Der Klassenkampf muss jetzt eben auch innerhalb der Sozialdemokratie ausgefochten werden. [...] Wie nun der Sozialdemokrat keinen Posten des Klassenkampfes preisgeben darf, so auch diesen und vor allem diesen, der jetzt innerhalb der offiziellen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist.»⁷

Wenige Wochen später war diese Position nicht mehr zu halten: Zu Ostern 1917 wurde in Gotha die USPD gegründet. Bei ihrem Zustandekommen war diese Partei eher eine Notgemeinschaft von politisch Heimatvertriebenen⁸ als ein politisches Projekt. Ihre Mitglieder einte kein politischer Zweck, sie verband lediglich ein gemeinsam erlittener Schock: der, aus der SPD ausgeschlossen, zumindest herausgeekelt worden zu sein. Wirklich einig waren sich die USPD-Mitglieder – von den Führern bis zu den »reklamierten«, also vom Kriegsdienst freigestellten Genossen an der Werkbank – nur in zwei Punkten: in der Forderung, den Krieg nicht fortzusetzen und einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu schließen. Alles in allem war die USPD des April 1917 ein noch heterogenerer Trupp als die 21 Monate später gegründete KPD, ebenfalls ein heillos zerstrittener Chaoshaufen.

Die Gruppe »Internationale«, also die Mehring-Luxemburg-Richtung – ein Teil ihrer Anhänger war schon aus der SPD ausgeschlossen, andere noch nicht der Ablehnung des Krieges überführt –, schloss sich, weniger dem eigenen Willen als der Not gehorchend, diesem Homunkulus USPD an. Die Luxemburg war nur mäßig begeistert, versuchte aber – wie meistens – etwas aus der Situation zu machen:

»Die Richtung ›Internationale‹ bleibt, was sie war. Nicht aus Opportunitätsrücksichten irgendwelcher Art ist sie der neuen Partei beigetreten und nicht zu einer rührenden Aussöhnungsverbrüderung mit der Arbeitsgemeinschaft⁹ im unterschiedslosen Brei einer rückgratlosen ›Opposition‹. Sie ist der neuen Partei beigetreten, um – im Vertrauen auf zunehmende Verschärfung der allgemeinen sozialen Lage und im bewussten Hinarbeiten auf

⁷ Gracchus [d. i. Rosa Luxemburg]: Offene Briefe an Gesinnungsfreunde. II. Brief, in: Der Kampf (Duisburg), Nr. 34, 27. Januar 1917 [Hervorhebungen im Original]; wiederveröffentlicht in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke [im Folgenden: GW], Bd. 7/2, hrsg. von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller, Berlin 2017, S. 993.

⁸ Hartfrid Krause spricht – anknüpfend an das Selbstverständnis der Handelnden – von einem »Schutz- und Trutzbündnis« der aus der Partei Hinausgedrängten«. Vgl. ders.: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Studien zur Gesellschaftstheorie), Frankfurt am Main–Köln 1975, S. 112.

⁹ Gemeint ist die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«, auch Haase-Ledebour-Gruppe genannt: 18 Mitglieder des Reichstages, die wegen verweigerter Zustimmung zu weiteren Kriegskrediten im März 1916 aus der SPD ausgeschlossen worden waren. Aus der Arbeitsgemeinschaft ging zu Ostern 1917 die USPD hervor.

sie – die neue Partei vorwärtszudrängen, ihr mahnendes Gewissen zu sein und als Ausdruck der weitgehendsten Bedürfnisse der Arbeiterbewegung im ganzen bei Zuspitzung und Aufeinanderplatzen der sozialen Gegensätze die wirkliche Führerschaft in der Partei zu übernehmen.

Die Organisationen der Gruppe ›Internationale‹ verbanden sich mit der Arbeitsgemeinschaft zum gemeinsamen Kampfe, aber sie verbanden sich nur in dem Sinne, wie Figaro vom Grafen Almaviva singt:

Soll ich im Springen

Ihm Unterricht geben,

Auf Tod und Leben

Bin ich sein Mann.»¹⁰

Nach der Gründung der USPD geriet Rosa Luxemburg – so wie ihre Freunde auch – mehr denn je unter den Druck der linksradikalen Kleinstgruppenorganisatoren, hinter denen, nicht nur in Bremen, die rechte Hand Lenins, Rosa Luxemburgs Intimfeind, der damals in Finnland stationierte Karl Radek, stand. Diese Kleinstgruppenorganisatoren forderten schon seit 1916 von den Spartakus-Leuten, eine gemeinsame Sonderorganisation, orientiert an den Bolschewiki, zu gründen. Im Mai 1917 machte die Luxemburg ihre bisherige interne Absage an ein solches Ansinnen auch öffentlich:

»Diese wichtigste Aufgabe der kritischen Klärung, die jetzt der Bewegung not tut, wollen augenscheinlich ebensowenig die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft begrüßen wie andererseits die ›Linksradikalen‹ von Bremen. Jene betrachten – auch darin treu der alten Parteitradition – jede scharfe und rücksichtslose Kritik als Beleidigung und Belästigung, im besten Falle als Ausfluss des berühmten ›Missverständnisses‹. Diese – die Bremer ›Linksradikalen‹ – halten die Auseinandersetzung mit der Arbeitsgemeinschaft in der Partei für Zeitvergeudung und möchten – im Besitze des fertigen Rezepts der einzig wahren Taktik – ohne weitere Abhaltung lieber gleich im eigenen sauberen Heim darangehen, ›das Richtige‹ zu machen. Schade, dass dieses einzig richtige Kleinküchensystem die Hauptsache vergisst, nämlich die objektiven historischen Verhältnisse, die letzten Endes für das Verhalten der Massen ausschlaggebend sind und sein werden. Sie vergessen, dass die Auseinandersetzung mit dem Parteizentrum auf Schritt und Tritt zugleich Auseinandersetzung mit der

¹⁰ Gracchus [d. i. Rosa Luxemburg]: Rückblick auf die Gothaer Konferenz, in: Der Kampf (Duisburg), Nr. 51, 25. Mai 1917; wiederveröffentlicht in: GW, Bd. 4, S. 273 f.

Vergangenheit, mit den Fehlern der Arbeiterbewegung ist und als solche gerade zur Aufrüttelung und Erziehung der Massen das wichtigste uns zu Gebote stehende Mittel.«¹¹

Zurück zur (M-)SPD: In der USPD sammelten sich anfangs vor allem aus der SPD Ausgeschlossene und nicht die Ausgetretenen – die zogen sich oft ganz aus der Politik zurück, wenige gingen zu Knief und seinem Anhang. Bis zur Revolution wechselten nur in Arbeiterhochburgen wie Leipzig und Umland (wo 30.000 SPD-Mitglieder zur USPD übergingen und 100 in der [M]SPD verblieben), Groß-Berlin, Halle/Saale, Erfurt, Braunschweig und Frankfurt am Main, Stuttgart-Stadt, Königsberg-Stadt, Bremen nennenswerte Teile der SPD-Organisationen zur USPD.

Aber nicht alle, die in der (M-)SPD verblieben, waren Kriegsbefürworter – wie sich im November 1918 zeigte. Die »Spartakisten« des Januar 1919 aus der (M-)SPD waren übriggebliebene Kriegsgegner und/oder Anhänger einer sozialen Revolution, die Rosa Luxemburgs Linie des Verbleibens in der SPD gefolgt, während des Krieges ihre Ablehnung verborgen und erst in der Revolution hervorgetreten waren.

Die großen Verschiebungen von der (M-)SPD zur USPD vollzogen sich erst 1919 (von Frühjahr bis Herbst verdoppelte sich die Zahl der USPD-Mitglieder) und nach dem Kapp-Putsch im März 1920. Kamen bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die (M-)SPD auf 37,9 % und die USPD auf 7,6 %, so näherten sich beide Parteien anderthalb Jahre später bei der Reichstagswahl an ([M-]SPD: 21,9 % und die USPD: 17,6 %). Wählerwanderung und Mitgliederwanderung gingen Hand in Hand, wobei die (M-)SPD trotz dieser Mitgliederwanderung durch einen gewaltigen Zustrom ihre Mitgliederzahl um ein Mehrfaches steigern konnte.¹² Erst nach der Revolution wurde die (M-)SPD politisch homogener, während die politischen Spannungen in der USPD zwischen der Hilferding-Kautsky-Ströbel-Richtung und dem (nicht zuletzt durch den Zufluss aus der [M]SPD) erstarkenden linken Flügel unter Däumig, Stoecker, Koenen und Geyer jun., angeheizt durch die Kommunistische Internationale und die KPD, die Partei im Herbst 1920 zerrissen. Die KPD war, außer ca. sechs Wochen an der Jahreswende 1919/20, bis zur Niederschlagung des

¹¹ Ebenda, S. 274.

¹² Im Bericht des SPD-Parteivorstandes an den Weimarer Parteitag im Juni 1919 konnte zwar keine Gesamtzahl genannt, aber ein »rapides Anwachsen unserer Mitgliederzahlen« konstatiert werden. Im Bezirk Dresden stieg seit Ende 1918 die Zahl der Mitglieder von 12.037 auf 89.103. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar am 15. und 16. Juni 1919, Berlin 1919, S. 17.

Kapp-Putsches illegal. Der linke Flügel in der USPD konnte in ihrem Schatten erstarken, die KPD diente ihm quasi als »Kugelfang«.

Gründung der KPD

Noch ein Wort zur Gründung der KPD: Dass selbst nachdem in Deutschland die Revolution ausgebrochen war, Rosa Luxemburg ihre Zurückhaltung gegenüber der Gründung einer eigenen Partei erst aufgab, als die Gefahr unabwendbar geworden war, dass die Bolschewiki in Person von Karl Radek und mit Hilfe der Bremer, Hamburger und Dresdener Linksradiكالen eine eigene deutsche kommunistische Partei nach Vorbild der Bolschewiki ins Werk setzen, bezeugte 1921 der Wirtschaftsexperte der Spartakusgruppe, Paul Lange, ein enger Vertrauter von Leo Jogiches (der gegen die Gründung der KPD stimmte, nach der Gründung aber in ihre Zentrale gewählt wurde) und Rosa Luxemburg:

»Wenn nach dem Kriege der organisatorische Zusammenschluss des Spartakusbundes mit den deutschen Leninisten durch die Gründung der Kommunistischen Partei erfolgt ist, so entsprach das weniger den inneren Wünschen Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' als vielmehr der Absicht, nicht neben dem Spartakusbund eine neue Partei entstehen zu sehen.«¹³

Der nicht immer zuverlässige, in diesem Punkte aber glaubhafte Curt Geyer schrieb in seinen Erinnerungen über Karl Radek:

»Er ist als der eigentliche Gründer der KPD anzusehen, er setzte die Gründung gegen den Rat und den Widerspruch Rosa Luxemburgs durch.«¹⁴

Letztlich konnte der Schachzug der Luxemburg aber nicht verhindern, dass in Deutschland ein Ableger der Bolschewiki entstand – allerdings erst 1921 und nicht schon 1918.

¹³ Paul Lange: Rosa Luxemburg und die Bolschewisten, in: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, 4. Jg., Nr. 603, 27. Dezember 1921, wiederveröffentlicht in: Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2017, S. 47.

¹⁴ Curt Geyer: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, mit einem Vorwort von Robert F. Wheeler, Stuttgart 1976, S. 228.

